



Initiative „Familien in der Krise“
<https://www.familieninderkrise.com>



Initiative „Kinder brauchen Kinder“
<https://kinderbrauchenkinder-petition.de>

14. Dezember 2020

Familieninitiativen: Der März- Lockdown darf sich nicht wiederholen!

- **Kurzfristige Maßnahmen setzen erneut Familien und Kinder unter Stress**
- **Einschränkungen in Kitas und Schulen dürfen keinesfalls verlängert werden**

Entgegen aller Versprechen sind mit den Beschlüssen vom Sonntag nun doch flächendeckende Schließungen von Bildungseinrichtungen wieder Realität. Auch in Hamburg wird der Betrieb in Schulen und Kitas eingeschränkt – und damit auch das Bildungsangebot für unsere Kinder. Familien stehen vor der Frage, wie sie den Alltag organisieren sollen. Die Initiativen „Familien in der Krise“ und „Kinder brauchen Kinder“ appellieren an die Politik, die Situation von Familien und Kindern nicht aus den Augen zu verlieren und fordern, die Einschränkungen nur einmalig zu verhängen und zeitlich zu begrenzen. Keinesfalls dürfen Maßnahmen an Kitas und Schulen über den 10. Januar hinaus verlängert werden.

„Wir unterstützen, dass alle einen angemessenen Beitrag im Kampf gegen CoViD-19 leisten müssen. Aber es muss klar gesagt werden, dass viele Kinder und Familien keinen weiteren Beitrag mehr tragen können“, sagt Stephanie Schläfer von „Kinder brauchen Kinder“. „Wir appellieren an alle Ministerpräsident:innen, die Situation von Familien, Kindern und Jugendlichen im Blick zu behalten und deshalb Kitas und Schulen offen zu halten.“

Familien und Kinder leisten seit Beginn der Pandemie ihren Beitrag

Für Familien sind die neuen, kurzfristigen Beschlüsse erneut eine enorme Belastungsprobe. Sie müssen improvisieren, mit den Kitas und Schulen kurzfristig klären, welche Angebote es geben wird und ihren Kindern erklären, was sie nun erwartet. „Der Alltag wird erneut von heute auf morgen aus den Angeln gehoben. Das setzt alle Beteiligten unter Stress“, sagt Anna-Maria Kuricová, Mitbegründerin von Familien in der Krise Hamburg.

Die Kultusminister müssen sicherstellen, dass das Distanzlernen im Zeitraum bis zum 10. Januar nicht nur ein Angebot ist, sondern verpflichtend stattfindet. Zudem müssen Eltern stets die Möglichkeit haben, ihre Kinder in Kitas und Schulen zu schicken, wenn sie selbst ihre Kinder nicht betreuen und/oder beim Homeschooling unterstützen können. „Wir begrüßen ausdrücklich, dass der Hamburger Senat beschlossen hat, Kitas und Schulen offen zu halten. Jetzt ist wichtig, dass in den Schulen auch tatsächlich der Unterricht fortgesetzt wird und nicht lediglich eine (Not-) Betreuung stattfindet“, sagt Anna-Maria Kuricová.



**FAMILIEN
IN DER
KRISE**

Initiative „Familien in der Krise“
<https://www.familieninderkrise.com>



Initiative „Kinder brauchen Kinder“
<https://kinderbrauchenkinder-petition.de>

„Mit Sorge sehen wir, dass der Senatsbeschluss: „Der Präsenzunterricht muss in dieser Zeit qualitativ nicht dem regulären Unterricht nach Stundentafel entsprechen, geht aber deutlich über eine reine Notbetreuung hinaus“, offenbar von Schulen schon umgedeutet wird, denn uns erreichen seit gestern viele Elternbriefe, in denen Druck auf die Eltern aufgebaut wird, ihre Kinder doch schon ab heute zuhause zu lassen und in denen nicht mehr von Unterricht durch Klassen- und Fachlehrer, sondern nur noch von "Betreuung" oder „Notbetreuung" gesprochen wird. Der Senatsbeschluss wird von den Schulen sehr unterschiedlich ausgelegt und dies führt zu einer großen Verunsicherung und logistischen Problemen in vielen Familien.“

Schulen und Kitas sind keine Pandemietreiber

Alle von der Politik in den verschiedenen Bundesländern in Auftrag gegebenen Studien zeigen, dass gerade Kitas und Schulen bei der Verbreitung des Virus nur eine sehr untergeordnete Rolle spielen. Dies zeigt auch die vom Robert Koch-Institut und dem Deutschen Jugendinstitut durchgeführte Corona-Kita-Studie. Länder wie Irland oder Frankreich zeigen, dass Schul- und Kitaschließungen nicht unbedingt notwendig sind, um die Infektionszahlen erheblich zu senken. In diesen Ländern wurden in den vergangenen Monaten strikte Corona-Maßnahmen verhängt, aber Bildungseinrichtungen blieben fast komplett im Präsenzbetrieb.

Besonders jüngere Kinder haben Studien zufolge nur geringen Anteil am Infektionsgeschehen und können zugleich kaum selbstständig am Fernunterricht teilnehmen. Deshalb hatten in den vergangenen Wochen thematisierte Konzepte vorgesehen, dass lediglich ältere Schüler in den sogenannten Hybridunterricht wechseln, sollte es das Infektionsgeschehen erfordern. „Wir sehen es sehr kritisch, dass nun die differenzierte Betrachtung nach Alter der Kinder wieder über Bord geworfen wurde und pauschale Einschränkungen erlassen wurden“, sagt Anna-Maria Kuricová von Familien in der Krise Hamburg. „Eine Kontaktreduktion an Schulen wäre sicher auch zu erreichen, würde man die Konzepte für Wechselunterricht an den weiterführenden Schulen für die älteren Jahrgänge aus der Schublade holen. Besonders den Bedürfnissen der jüngeren Kinder aber wird man mit den neuen Beschränkungen in keinster Weise gerecht – die Politik lässt Familien erneut im Regen stehen!“

In diesem Zusammenhang ist auch die heute beschlossene MNB-Pflicht im Unterricht für Grundschüler zu nennen, die den völlig unvorbereiteten Schulen und Eltern heute durch den B-Brief der Hamburger Schulbehörde präsentiert wurde. Hier trifft auf besonderen Unmut, dass eine klare Stellungnahme zur plötzlichen Notwendigkeit von Behördenseite fehlt - besonders im Hinblick darauf, dass die Größe der Lerngruppen gleichzeitig auf 12 Kinder



**FAMILIEN
IN DER
KRISE**

Initiative „Familien in der Krise“

<https://www.familieninderkrise.com>



KINDER brauchen KINDER:
Petition

Initiative „Kinder brauchen Kinder“

<https://kinderbrauchenkinder-petition.de>

reduziert wurde und somit der Mindestabstand problemlos eingehalten werden könnte.

Maskenpflicht an Hamburger Grundschulen – entgegen den Beschlüssen des Corona-Gipfels

Laut Beschluss der Konferenz der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 25.11. sind Grundschulkindern von der Maskenpflicht in Hamburger Schulen ausgenommen. Die MNB-Pflicht gilt erst ab Klasse 7. Auch in dem Beschluss vom 13. Dezember ist dahingehend keine Änderung aufgenommen worden. Im B-Brief der Hamburger Schulbehörde von heute wird jedoch darauf hingewiesen, dass in der Zeit zwischen dem 16.12 und 10.1. auch für Grundschülerinnen und Grundschüler das Tragen einer MNB im Unterricht verpflichtend ist. „Eine Vorwarnung, dass diese Beschlüsse auch in Hamburg aufgehoben werden, wäre wichtig gewesen, um die jüngeren Kinder darauf vorzubereiten“, sagt Anna-Maria Kuricová.

Familien brauchen verbindliche Öffnungszusagen

Die kommenden vier Wochen müssen genutzt werden, um die Wiederaufnahme des vollständigen Kita- und Schulbetriebs vorzubereiten. Zahlreiche Vorschläge liegen der Politik seit Monaten vor. Beispielsweise eine Entzerrung des Schulbeginns und die Entlastung des öffentlichen Nahverkehrs, der Einsatz von Lehramtsstudent:innen oder der überfälligen Schnelltest-Strategie an Schulen.

Eine Situation wie im Frühjahr dieses Jahres, als Schulen und Kitas erst lange nach Einzelhandel und Freizeit- und Vergnügungseinrichtungen wieder ganz geöffnet wurden, darf sich nicht wiederholen. Keinesfalls dürfen Maßnahmen an Kitas und Schulen über den 10. Januar hinaus verlängert werden. Noch sind die Folgen des ersten Lockdowns für Kinder und Jugendliche nicht aufgearbeitet. Kinderärzte und Psychologen befürchten gravierende Auswirkungen auf die gesunde Entwicklung unserer Kinder, sollte sich eine längere Schließung wiederholen. Bildung ist nicht nur ein Grundrecht, es ist auch die Pflicht der Politik, diese für alle Kinder und Jugendlichen im gleichen Maße chancengerecht sicherzustellen.

Für Rückfragen und Interviewanfragen:

Anna-Maria Kuricová, Mitbegründerin von Familien in der Krise Hamburg

E-Mail: info@familieninderkrise.com oder hamburg@familieninderkrise.com



Initiative „Familien in der Krise“
<https://www.familieninderkrise.com>



Initiative „Kinder brauchen Kinder“
<https://kinderbrauchenkinder-petition.de>

Familien in der Krise – Wer wir sind

Familien in der Krise (FidK) ist es gelungen eine deutschlandweite Initiative für Familien aufzubauen. Mittlerweile sind wir in sieben Landesgruppen organisiert: Bayern, Baden-Württemberg, NRW, Hessen, Hamburg, Berlin und Niedersachsen. Wir verfolgen das Ziel Familien und Kinder in das Zentrum politischer Entscheidungen zu rücken. Wir konnten durch zahlreiche Corona-konforme Familien-Demonstrationen, Petitionen, Statements sowie Aktionen auf die Situation von Familien aufmerksam machen. Daraus folgten zahlreiche Gespräche mit führenden Politiker*innen aus Bundes- und Landespolitik sowie ein umfassendes Medienecho.

Wir nehmen die Bedrohung durch Covid-19 sehr ernst und grenzen uns klar ab zu Corona-Leugnern, Verschwörungstheoretikern, Querdenkern und Extremen von Rechts und Links.

Homepage: www.familieninderkrise.com

Twitter: https://twitter.com/FidK_Bund

Instagram: https://www.instagram.com/familien_inderkrise/

Facebook: <https://www.facebook.com/groups/2652494048366660/>

YouTube-Kanal: https://www.youtube.com/channel/UCB-pvOH58tfNFE6MHL2hL_g

Sollten Sie keine Pressemeldungen mehr von uns erhalten wollen, schicken Sie bitte eine Mail an: info@familieninderkrise.com